



Jahresbericht 2010 des Vorstandes der SP Zürich 7 und 8

Das Jahr begann Ende Mai mit einer wegweisenden Entscheidung der Generalversammlung: Die SP 7 und die SP 8 fusionierten zur SP Zürich 7 und 8. In der Folge traf sich der neue Vorstand im Berichtsjahr zu 10 Sitzungen und einer Aussprache. Beschäftigt hat er sich insbesondere mit den folgenden Themen: Mitgliederversammlungen und andere Veranstaltungen, die Zusammenarbeit im neuen Vorstand und der Kantonsratswahlkampf.

MVs und Veranstaltungen: Im Berichtsjahr fanden 4 Sessionsbrunches statt, die leider unterschiedlich gut besucht waren; Jacqueline Fehr, Mario Fehr, Christine Goll und Andreas Gross gaben dabei spannende Rosinen aus dem Nationalrat preis – ein herzliches Dankeschön an alle vier! Als nächstes beschäftigte uns das neue Parteiprogramm der SP Schweiz: Ein paar Mitglieder erarbeiteten mit grossem Engagement im Rahmen von zwei MVs die Anträge der SP 7 und 8 zuhanden des Parteitags der SP Schweiz vom 30. Oktober. Kurz vor den Sommerferien folgte das traditionelle Sommerfest im Quartierhof Weinegg; da an dem Abend gleichzeitig der Viertelfinal der Fussball-WM stattfand, zeigten wir auch einen kritischen Film des SAH zum Thema Fussball-WM in Südafrika, und interessierte Mitglieder hatten die Möglichkeit, den Halbfinal im Innern der Scheune mit zu verfolgen. Nach den Sommerferien ging's weiter. Wie jedes Jahr waren wir mit einem Stand am Quartierfest Riesbach präsent, wobei wir diesmal als neues Menü erfolgreich Rösti anboten. Anfang September dann organisierten die SP 3, SP 6 und SP 7 und 8 im Volkshaus eine rege besuchte Veranstaltung für und mit Albert Hofstetter, der dieses Jahr 95 wurde und 75 Jahre SP-Mitgliedschaft feiern konnte. Es folgten im September und im November im GZ Hottingen und im GZ Witikon zwei Mitgliederversammlungen zur Nomination der Kantonsratskandidaten/innen unserer Sektion. Und Anfang Dezember war im Quartiertreff Hirslanden der alljährliche Chlaushöck, zu dem zwar weniger Mitglieder und Sympathisanten/innen kamen als auch schon, der aber nichtsdestotrotz vergnügt und bestens organisiert war. Ins neue Jahr starteten wir mit einer MV im GZ Riesbach mit Stadtrat André Odermatt, der uns anschaulich – mit vielen Bildern – aus seinem neuen Arbeitsalltag erzählte und uns Rede und Antwort stand. Anfang Februar luden wir zu einer weiteren MV

ein, an der uns die Jusos Ihre Bonzensteuer-Initiative erläuterte und die Delegierten für den a. o. Parteitag der SPS vom 26. März 2011 bestimmt wurden.

Standaktionen: Anlässlich der Abstimmungen und Wahlen war unsere Sektion regelmässig mit Standaktionen in den Quartieren präsent (v.a. Höschgasse, Kreuzplatz und Witikon). Es war nicht immer einfach, genügend aktive Mitglieder zu finden; wir hoffen, dass das nächste Jahr wieder etwas einfacher wird. Um den Standaktionen etwas frischen Wind zu verleihen, werden wir zwar weiterhin vor den Abstimmungsterminen präsent sein, künftig jedoch vermehrt aufs Unterschriftensammeln für Initiativen und Referenden setzen.

Kantonsratswahlen 2011: Wir sind mitten drin, im Wahlkampf für die Zürcher Kantonsrats- und Regierungsratswahlen. Die Wahlkampfgruppe unserer Sektion wird von Katrin Meier und Daniel Suter geleitet, die zusammen mit den Kandidierenden einen eindrücklichen Wahlkampf hinlegen: verschiedene Standaktionen, eine Veranstaltung mit André Odermatt zum Thema Seefeldisierung Ende Februar, eine Podiumsdiskussion SP – FDP u.a. mit Regine Aepli, Raphael Golta und Catherine Heuberger Anfang März, einen sehr ansprechenden Wahlflyer und anderes mehr. Geht es nach dem Einsatz unserer Kandidierenden, werden wir unseren zweiten Sitz mit Bestimmtheit verteidigen können. Bis zu den Wahlen gibt's allerdings noch einiges zu tun: Ihr seid alle herzlich eingeladen, tatkräftig mitzuhelfen.

Ein paar **weitere Infos** zur Sektion:

- Unser Mitgliederbestand ist mehr oder weniger konstant geblieben, es war ein leichter Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen.
- Wie wir Euch im Rundbrief vom Oktober mitgeteilt haben, sahen wir uns aus Ressourcengründen leider gezwungen, das Info 7'8 vorläufig einzustellen. Ihr kriegt die neuesten und wichtigsten News jeweils per Rundbrief nach Hause geschickt.
- Ende Jahr konnte – u.a. dank der Mithilfe der Stadtsektionen SP 1, 2 sowie 7 und 8 – die Initiative Seeuferweg beim Kanton eingereicht werden.

Ausblick: Im neuen Berichtsjahr wird ein neu zusammengesetzter Vorstand an der Arbeit sein, denn vier der bisherigen neun Vorstandsmitglieder haben per GV 2011 ihren Rücktritt bekannt gegeben. Das bedauern wir einerseits, andererseits zwingt uns dieser Umstand dazu, neue Gesichter und Ideen an Bord zu holen. Sicherlich werden wir wieder regelmässig

verschiedene Veranstaltungen für Euch organisieren. Gesetzt sind bereits: monatliche MVs, die Teilnahme unserer Sektion an den Quartierfesten Hottingen und Riesbach, das Sommerfest, der Chlaushöck und die Sessionsbrunches. Als speziellen Event möchte ich den Quartierempfang am 11. Mai (ca. 18.00 – 19.30 h) im GZ Riesbach erwähnen als Auftakt für Joe Mansers Gemeinderatspräsidium im kommenden Ratsjahr: Alle Sektionsmitglieder sind herzlich dazu eingeladen. Schliesslich sind da noch die Wahlen für den Nationalrat im Herbst. Auf der Liste, die der Parteivorstand der Stadtpartei im Februar als Empfehlung zH. der DV der Kantonalpartei beschlossen hat, sind nicht weniger als vier unserer Mitglieder, die allesamt gute Chancen haben, im Mai nominiert zu werden: Ich bin sicher, dass Andi Gross, Jacqueline Badran, Joe Manser und Jean-Daniel Strub sich über moralische und tatkräftige Unterstützung freuen werden.

Zum Schluss möchte ich allen Vorstandsmitgliedern, denen die gehen und denen die bleiben, als Präsidentin (m)einen herzlichen Dank aussprechen für ihr unermüdliches Engagement für unsere frisch fusionierte Sektion und die SP als Partei. Ein weiteres Dankeschön geht an alle Mitglieder und Sympathisanten/innen, die sich das Jahr über für die Sektion eingesetzt haben, z. B. an Standaktionen oder auch durch ihre Teilnahme an den verschiedenen Veranstaltungen. Es spielt nicht so sehr eine Rolle, wie gross der einzelne Einsatz ist, was zählt ist vielmehr, dass wir als Sektion spür- und wahrnehmbar sind und mit dieser Energie weiterkämpfen für die Grundwerte der SP.

Für den Vorstand, Helen Glaser, Präsidentin SP Zürich 7 und 8, Februar 2011

Jahresbericht aus dem Gemeinderat 2010/2011

Das Berichtsjahr stand für die Gemeinderatsfraktion zunächst im Zeichen der Wahlen und der neuen Gegebenheiten im Anschluss daran, danach im Zeichen der Finanzpolitik. Aus den Wahlen ging die Fraktion dezimiert hervor; statt wie zuvor 45 umfasst sie heute noch 39 Mitglieder, obschon die Wahlen selbst im März 2010 angesichts der politischen Grosswetterlage und der zuvor erlebten Resultate der SP auch auf der Ebene Gemeinderat durchaus zufriedenstellend verliefen. Ebenso nennenswert wie die quantitative Veränderung ist aber auch die Tatsache, dass gleich mehrere langjährige und teils äusserst profilierte Fraktionsmitglieder nicht wieder zur Wahl antraten oder – im Fall von Claudia Nielsen und André Odermatt sowie Corine Mauch kurz zuvor – in den Stadtrat gewählt wurden. Für die Fraktion ging es im Nachgang zu den Wahlen also einerseits darum, sich im Wissen um diese gewichtigen Veränderungen neu zu konstituieren, wobei im Fraktionspräsidium Min Li Marti (als Präsidentin) und Rebekka Wyler (als Vizepräsidentin) Kontinuität zu garantieren vermochten – ich selber wurde ebenfalls als Vizepräsident gewählt und versuche, mich in dieser Funktion zum grössten Nutzen der Fraktion einzubringen. Die SP 7 und 8 wird glücklicherweise auch in der neuen Legislatur durch fünf Mitglieder vertreten, wobei sich alle im Rat, in den Kommissionen und in der Fraktion stark einbringen.

Angesichts der Resultate vom 7. März 2010 ging es für die Gemeinderatsfraktion seit Legislaturbeginn aber andererseits auch darum, sich mit den neuen Mehrheitsverhältnissen zu arrangieren. Dabei erweist sich natürlich die Präsenz einer neuen, auf Anhieb mit zwölf Mitgliedern sehr grossen Fraktion wie den Grünliberalen als zentrales Element – dies auch deshalb, weil die Fraktion für meine Wahrnehmung ihrem Selbstverständnis bisher gut nachlebt, nicht von vornherein auf eine Position innerhalb der verschiedenen Blöcke festgelegt zu sein. Als wahre Blackbox erwiesen sich aber die beiden Parteien CVP und EVP, was ganz entscheidend auch damit zu tun hat, dass letztere – da sie keine Fraktionsstärke mehr hat – gar nicht mehr in den Kommissionen vertreten ist und erstere in einigen entscheidenden Kommissionen (etwa der RPK und der Verkehrskommission) fehlt. Gerade die EVP spielt immer wieder (und, so glaube ich, durchaus auch gern) das Zünglein an der Waage – wobei wir gelernt haben, dass die im Voraus in Erfahrung gebrachten Positionen zum Zeitpunkt der Ratsdebatte nicht zwingend noch Bestand haben müssen. Während bereits sehr deutlich ist,

dass es in sachpolitischen Fragen (etwa in der Sozialpolitik und natürlich in der Finanzpolitik) weit schwieriger geworden ist, unserer Mehrheiten sicher zu sein, sei die ganz persönlich gefärbte Bemerkung doch erlaubt, dass die Ratssitzungen aufgrund der neuen Konstellation und der dadurch neu gewonnenen Dynamik doch erheblich spannender geworden sind.

Allerdings: Die Ratsarbeit war im Berichtsjahr auch für gewöhnliche Ratsmitglieder extrem zeitintensiv, da sich der Rat zum Abbau der überlangen Traktandenliste zahllose Doppelsitzungen verordnet hat. So richtig dieses Vorgehen aus politischen Gründen und nicht zuletzt im Dienste der Demokratie ist, so sehr gebe ich zu, dass die zeitliche und organisatorische Belastung des Mandats in den zurückliegenden Monaten oft nahe an der Schmerzgrenze zu liegen kam und das Milizparlament, das wir sind, zu überfordern droht – kein Wunder, wenn plötzlich einmal jeden Mittwoch erst um halb zwölf nachts statt bereits um 20 Uhr Schluss ist; die Kommission am Vorabend oder am Abend danach aber selbstredend gleichermassen tagt...

Wer so oft tagt, behandelt natürlich zahllose, oft auch wichtige Sachgeschäfte. Hervorzuheben sind etwa die Weisungen zu Kalkbreite, „Mehr als Wohnen“ und Swissmill, denen der Gemeinderat allesamt zugestimmt hat und die in Sachen Stadtentwicklung grosse und für ein Zürich, das sich nach unseren Vorstellungen entwickelt, höchst bedeutsame Projekte umfassen. So werden bei den ersten beiden Projekten wichtige Postulate hinsichtlich einer zukunftsgerichteten, auf eine gute Durchmischung und nachhaltige Lebensweise ausgerichteten Wohnbaupolitik umgesetzt. Im Bereich Verkehr sind die Vorlagen zum Rosengartentram in Erinnerung zu rufen, bei denen die Stimmbevölkerung namentlich durch die klare Ablehnung des gemeinderätlichen Gegenvorschlags deutlich aufgezeigt hat, dass sie auch in Verkehrsfragen austarierte Lösungen verlangt. Dass die klare Mehrheit der Stimmberechtigten in der Stadt die rot-grüne Verkehrspolitik aber mitträgt, hat die gleichentags erfolgte Zustimmung zur revidierten Parkplatzverordnung, die von mitte-rechts vehement bekämpft wurde, glücklicherweise ebenso deutlich gezeigt.

Bei vielen der aus meiner Sicht bedeutsamen Sachgeschäfte erwiesen sich die Grünliberalen – die zumeist für sichere Mehrheiten unentbehrlich sind – als zuverlässige Partnerinnen und Partner für eine verlässliche und nachhaltige Politik unserer Stadt Zürich. Bedauerlicherweise blieb davon bei der Budgetberatung wenig übrig: Nicht überraschend zog es die GLP hierbei nämlich vor, gemeinsam mit der SVP als Oppositionspartei aufzutreten und den Budgetentwurf des Stadtrats zurückzuweisen – wobei die anderen bürgerlichen Parteien (es ist ebenso unverständlich wie durchsichtig!) mitzogen. So wurde am 8. Dezember 2010 das Budget des Stadtrates mit 64 Stimmen von GLP, FDP, CVP, EVP und SVP gegen 61 Stimmen von SP, Grünen und AL an den Stadtrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, eine Neuauflage mit

mindestens schwarzer Null zu präsentieren. Vollkommen unnötig und gegenläufig zur erfolgreichen Stadtzürcher Finanzpolitik der letzten Jahre war der Stadtrat damit gezwungen, gegen seinen Willen einen neuen Voranschlag zu unterbreiten, der nicht ohne erhebliche Einschnitte, etwa bei den Grossprojekten (Hardturm, Kongresshaus), der Ökologie, der Kinderbetreuung und der Sicherheit (Polizei, Sanität), aber auch beim Personal möglich war. Die SP-Fraktion wird alles daran setzen, diese von den bürgerlichen Parteien provozierten Kürzungen an den für die Bevölkerung und das Personal spürbarsten Stellen zu verhindern. Inwieweit dies gelingt, ist gegenwärtig noch völlig offen – aufgrund der öffentlichen Verlautbarungen der letzten Wochen scheint es derzeit aber leider eher unwahrscheinlich, dass die Kürzungscoalition aus GLP, FDP, CVP, EVP und SVP wenigstens die Verantwortung übernimmt für diese kontraproduktive Hauruckübung, die sie der Stadt Zürich mit ihrem Vorgehen auferlegt haben.

Eine erfreuliche Aussicht bietet sich aber mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit: Am 11. Mai 2011 dürfte unser Sektionsmitglied Joe Manser für ein Jahr die Leitung des Rats übernehmen. Was dies für den Gemeinderat und seine Mitglieder bedeutet, hat er im Dezember an der Sitzung, die traditionsgemäss vom ersten Vizepräsidenten geleitet wird, schon einmal eindrücklich unter Beweis gestellt: Mit viel Humor, äusserst effizient und ohne auch nur einmal zur Ruhe mahnen zu müssen (das nennt sich wohl natürliche Autorität) führte er durch eine Sitzung, die jedenfalls für mich klar die angenehmste der zurückliegenden Monate war. Joes Amtsantritt als Gemeinderatspräsident auch im Kreis der Sektion zu feiern – auch auf dieses Highlight der kommenden Monate freue ich mich bereits jetzt.

Jean-Daniel Strub, Februar 2011



SP Zürich 7 und 8 – Jahresbericht 2010 des Kantonsrates

Das zurückliegende Kantonsratsjahr war ein ausgesprochen intensives Jahr. Einerseits wurde die Traktandenliste aufgrund des nahenden Endes der Legislatur sehr reich befrachtet. Andererseits bedeutete die Übernahme des Fraktionspräsidiums für mich persönlich einen anspruchsvollen Rollenwechsel.

Im Jahr 2010 hat der Zürcher Kantonsrat einige gewichtige Gesetzesvorlagen verabschiedet – oder zumindest für die Volksabstimmung aufgegleist. Dazu gehören das Pflegegesetz, das neue Finanzausgleichsgesetz, das Bürgerrechtsgesetz, die Reduktion der Krankenkassenprämien sowie die Revision des Sozialhilfegesetzes. Mit Ausnahme des Pflegegesetzes werden uns all diese Vorlagen noch anhand einer Volksabstimmung im Jahr 2011 beschäftigen. Geprägt wurde das letzte Jahr aber auch durch die Enthüllungen rund um die kantonale Pensionskasse (BVK) – und die damit verbundene Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK). Die grosse mediale Aufmerksamkeit im Zusammenhang mit der BVK-Affäre stellte denn auch meine erste grosse Herausforderung als Fraktionspräsident dar.

Das vor uns liegende Jahr ist nicht nur ein Wahljahr sondern auf kantonaler Ebene auch ein vollbepacktes Abstimmungsjahr. Gut einen Monat nach den kantonalen Wahlen werden wir am 15. Mai über einige zentrale Vorlagen zu befinden haben – wobei die Vorlagen zur Senkung der Krankenkassenprämien und zum Steuergesetz aus SP-Sicht im Zentrum stehen. Zurzeit weht unserer Partei ein eisiger Wind entgegen, der die anstehenden Herausforderungen nicht gerade erleichtert. Umso mehr gilt es, durch Herzblut und viel Überzeugungsarbeit das Bestmögliche herauszuholen. Nicht zuletzt in meiner neuen Rolle spüre ich tagtäglich wie wichtig die Mehrheitsverhältnisse im kantonalen Parlament sind!

Mit den kantonalen Wahlen steht auch ein personeller Wechsel in der Kantonsratsdeputation unserer Sektion an: Katrin Meier verzichtet auf eine neue Kandidatur. Ich bedaure diesen Entscheid sehr. Katrin hat im sehr anspruchsvollen Bildungsdossier innerhalb der Fraktion eine wichtige Rolle gespielt und neuen Wind gebracht. Ich hoffe, dass Katrin auch nach ihrem Rücktritt aus dem Kantonsrat eine gewichtige bildungspolitische Stimme bleibt. Für ihr

Engagement in den letzten vier Jahren möchte ich mich an dieser Stelle jedenfalls herzlich bedanken.

Raphael Golta



Ein Jahresbericht aus dem Nationalrat für die SP 7 und 8

Von Andi Gross

Wiederum möchte ich darauf verzichten, die thematischen Schwerpunkte dessen zusammenzufassen, was die Bundesversammlung in den vergangenen 12 Monaten beschäftigt, diskutiert und in Gesetzesbestimmen, beziehungsweise Verfassungsartikel umgesetzt hat. Interessierte finden all dies in allen Einzelheiten und Facetten auf der Homepage des Parlamentes, die sich unter www.admin.ch bestens finden lässt.¹

Ich möchte mich vielmehr auf eine kritische Feststellung konzentrieren, welche im vergangenen Jahr vielen Bürgerinnen und Bürger deutlich wurde, die ganze Innen- und Aussenpolitik belastet hat und in diesem Wahljahr besonders intensiv diskutiert werden sollte: Die Feststellung nämlich, wie schlecht die Schweiz regiert wird, wobei ich unter „regiert werden“ mehr als das miserable Funktionieren des Bundesrates verstehe.

Dazu gehört auch das Parlament, das unter den Folgen der nationalen Lebenslüge „Miliz“ mehr als nur leidet. Dazu gehören vor allem die strukturellen Schwächen der politischen Parteien, die von den allzu ungleich verteilten Geldern beherrschten Volksabstimmungen sowie die defekte politische Öffentlichkeit in der deutschen Schweiz, die immer mehr von Oberflächlichkeit, Emotionen, Skandalisierungen und Personifizierungen beherrscht und in der es immer schwieriger wird, vernünftige und sich an der Vernunft orientierende öffentliche Debatten zu führen. Konsequenzen: In wesentlichen Fragen dominieren Partikularinteressen, unwesentliche Fragen dominieren die öffentlichen Erörterungen, das Allgemeinwohl verschwindet aus dem Focus. Entsprechend gespalten ist heute die Schweiz, entsprechend ohnmächtig fühlen sich heute viele Bürgerinnen und Bürger, entsprechend aggressiv gehen wir miteinander um, entsprechend gefestigt werden vielerorts nur noch Vorurteile und gesellschaftliche Lernprozesse sind kaum mehr möglich.

¹ siehe meinen letzten Jahresbericht 2010 für die sp7/8 auf www.andigross.ch

Diese Misere der schweizerischen Politik und ihrer institutionellen Basis ist die Konsequenz der Unfähigkeit der offiziellen Schweiz, in den letzten 15 Jahren diese Grundlagen der schweizerischen Demokratie kritisch zu reflektieren, zu diskutieren und zu reformieren. Bis heute hat sich so ein enormer Reformbedarf aufgestaut, sowohl in Bezug auf den direkten als auch auf den indirekten Teil unserer Demokratie. Und wer zu spät kommt, den bestraft bekanntlich das Leben. Oder mit anderen Worten: Strafflos lassen sich Reformen nicht ewig verweigern, verzögern oder unterlassen. Das heisst: Die inhaltlichen Fehler und Unzulänglichkeiten der herrschenden schweizerischen Politik haben teilweise ihre Ursache auch in Institutionen und Verfahren, die nicht auf der Höhe unserer Zeit sind.

Statt die Analyse und die Diagnose weiter zu vertiefen und zu erläutern, was hier aus verschiedenen Gründen nicht am Platz ist, möchte ich im folgenden stichwortartig die wichtigsten Reformen nennen, die im Wahljahr zumindest diskutiert werden sollten, damit sie anschliessend auch realisiert werden können. Denn ohne diese institutionellen Reformen sind qualitative Verbesserungen in den politischen Inhalten kaum absehbar.

1. Die Konkordanz ist auf Bundesebene am Ende. Wir haben keine Regierung mehr, sondern nur noch sieben Departementschefs, die einander nicht einmal mehr trauen. Es fehlen im Bundesrat nicht nur ausreichend politische Gemeinsamkeiten, es fehlt sogar an dem, was von der Verfassung verlangt wird: „Kollegialität“. Diese Verständigungsbereitschaft und die Bereitschaft zu einer Verständigungsanstrengung sind bis im Herbst 2010 einem derart immensen Misstrauen gewichen, dass die sieben sich nicht einmal informiert haben über das was alle und nicht nur einzelne Departementschefs wissen mussten. Leider hat die damalige CVP-Bundespräsidentin letzten Herbst auch die Chance der Erneuerung von zwei Bundesräten durch ausgesprochen verständigungsbereite Berner nicht genutzt: Statt wie beispielsweise 1993 sich kollegial über die Dossierverteilung zu verständigen, beanspruchte sie für sich, was sie im Einvernehmen mit der Economiesuisse glaubte, haben zu dürfen, und liess die Mehrheit abstimmen und die Bedürfnisse der Minderheit überstimmen.

Konsequenz: Wir dürfen die Konkordanz nicht wie in den vergangenen zehn Jahren auf den Proporz reduzieren, die Parteien ihrer Wählerstärke entsprechend und ungeachtet ihrer Fähigkeit, eine gemeinsame Politik entwickeln zu können, beziehungsweise dies auch nur zu wollen, in der Regierung versammeln; sondern wir müssen lernen, uns zu entscheiden. Mit oder ohne die SVP, mit

oder ohne die SP. Die NZZ führt seit Wochen eine entsprechende Debatte, Roger Blum mahnte sie in der letzten Februar-Ausgabe der „Zeit“ auch an, doch im Bundeshaus gehen die meisten wie seit Jahren dieser Diskussion aus dem Weg: Denn die meisten fürchten, den „Schwarzen Peter“ zu ziehen und die SVP, die sich am wenigsten fürchten müsste und rhetorisch eine Proporz-Regierung verlangt, sammelt Unterschriften für eine Initiative zur Volkswahl des Bundesrates, welche falls sie angenommen würde, die Konkordanz endgültig ersetzen würden durch einen täglichen Kampf jedes einzelnen Bundesrates gegen jeden anderen um die Mediengunst, von der weiteren Abwertung der Stellung des Parlamentes einmal ganz abgesehen.

2. Aus einer echten Regierungsreform muss aber auch eine eigentliche Staatsleitungsreform werden: Denn wenn in Zukunft eine grosse Partei nicht mehr in der Regierung vertreten sein wird und der Bundesrat sich auf parlamentarische Mehrheiten von um die 60% abstützen wird – matchentscheidend wird sein, dass es ihm immer wieder gelingt Volk und Stände von seinen Positionen zu überzeugen – kann man dieser starken parlamentarischen Minderheit nicht länger zumuten, über keine für ein Parlament selbstverständlichen Instrumente zu verfügen, die Regierung, sollte sie nicht einmal mehr über das Vertrauen von beispielsweise einer Mehrheit des Parlamentes verfügen, zum Rücktritt zwingen zu können.

Diesem Misstrauensantragsrecht des Parlamentes könnte das Recht des Bundespräsidenten gegenüberstehen, dem Parlament die Vertrauensfrage stellen zu dürfen, wenn er oder sie den Eindruck, hat sich dieses Vertrauen vergewissern zu müssen. Dieses Vorrecht wäre eine subtile Form ihn aus dem Gremium der Gleichen herauszuheben und ihm so gleichzeitig den Blick aufs Ganze nahezu legen.

Zur Staatsleitungsreform gehört schliesslich auch die Professionalisierung der Parlamentarier und der Parteien. Es ist beschämend, dass sich einige Parlamentarier von Sonderinteressen bezahlen lassen und so kaum mehr nach dem Allgemeininteresse suchen. Und es ist dysfunktional, wenn die Parteien, welche viermal jährlich massgeblich zur Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger beitragen sollten, dies nur tun können, wenn ihnen eine bestimmte Interessensgruppe das nötige Kleingeld dafür gibt. Auch dies hat in der „Zeit“ von anfangs März ETH-Professor Guggerli angemahnt, als er schrieb, wir sollten endlich den Mut haben, in der Innenpolitik unnötigen historischen „Ballast“ abzuwerfen. Doch schultern will diese Ueberzeugungsarbeit im Bundes-

haus kaum jemand, denn man müsste neue Mehrheiten dafür finden und mehr tun, als falschen Mehrheitsmeinungen nach zu hinken und an alten Fragen festzuhalten, nur weil man die falsche Antwort schon hat und eine richtigere nicht suchen will.

3. Vom Joch der Kolonialisierung durch das Geld müssen aber nicht nur die Parlamentarier und die Parteien befreit werden, sondern auch die Stimmberechtigten. Heute ist deren wichtigste und richtige Machtquelle, die Direkte Demokratie, daran, ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren. Denn noch nie wurden so viele Volksabstimmungen von sehr einseitig verteilten Geldmitteln beherrscht. Es werden heute zur Stärkung der nationalkonservativen und rechtspopulistischen Stimmung mit viel Geld unbedeutende Fragen in Form von Volksinitiativen zu Existenzproblemen aufgebauscht und zu seinen Gunsten entschieden, nur um im Hinblick auf die nächsten Wahlen und die Aenderung der Machtverhältnisse in den Institutionen die eigenen Parteichancen zu stärken. Dies ist in vielerlei Hinsicht total verantwortungslos.

Es wird aber deswegen den meisten nicht bewusst oder auch nur versucht, bewusst gemacht zu werden, weil die Medien ebenso unter der Abhängigkeit des knappen Geldes leiden, sich vertiefte Recherchen gegen den Mainstream nicht mehr leisten können und immer oberflächlicher sich in den Strudel der Emotionalisierungen, Skandalisierungen und Personalisierungen hineinziehen lassen statt ihm zu widerstehen.

4. Womit auf eine weitere Baustelle hingewiesen worden wäre: Auf die alte Notwendigkeit eines Medienartikels in der Bundesverfassung, welche der Gesellschaft erlaubt und ihr die notwendigen Mittel verschafft, um demokratiegerechte Oeffentlichkeiten in den Regionen und auch auf Bundesebene zu ermöglichen. Vor acht Jahren waren wir im Nationalrat so weit, wurden aber von drei Verwaltungsräten von regionalen Medienmonopolisten, welche die Staatspolitische Kommission des Ständerates beherrschten, mit Unterstützung des Verlegerverbandes und des Bundesrates gebodigt. Heute wären zwei der drei froh, sie hätten längerfristiger gedacht, denn heute sind auch sie in Basel und in Solothurn in ihrer autonomen Existenz bedroht oder mussten diese bereits dem Konzentrationsprozess opfern.

5. Weil im Bundeshaus die Befreiung der Direkten Demokratie von der Kolonialisierung durch das Geld keine Mehrheiten fand – nicht mal die Mehrheit, welche vor vier Jahren Bundesrat Blocher richtigerweise abwählte fand sich bei Gesetzesvorhaben wieder zusammen, welche ihn daran gehindert hätten, sich nun im Herbst so zu rächen, dass er für den

Wahlkampf, den er längst begonnen hat, über etwa viermal mehr Mittel verfügen kann als alle seine Konkurrenten zusammen - müssen wir dies durch Volksinitiativen anzupacken versuchen. Dazu stehen deshalb gegenwärtig deren drei zur Diskussion, die einander nicht ausschliessen, sondern als Optionen sogar gleichzeitig und gemeinsam lanciert werden könnten:

- a. Einerseits eine einfache Transparenzinitiative, die von allen Akteuren der Politik (Parteien, Referendums- und Abstimmungskomitees, BürgerInnen und ParlamentarierInnen) verlangt, dass alle Gelder ab Fr 100.- bezüglich Herkunft und/oder Ziel öffentlich deklariert werden müssen auf einer entsprechenden Webseite des Bundes.
 - b. Weil eine solche „Zwangsimpulse“ in der Schweiz selten Gehör findet, könnte man eine Volksinitiative lancieren, welche jene belohnt, welche Transparenz herzustellen bereit sind: Die Spenden von Privaten an Parteien, welche ihre Finanzen offen legen, und zwischen 50 und 1000 Franken betragen, werden vom Bund verdoppelt. Das hätte noch den grossen Nebeneffekt, dass der Einfluss der Grossspender ebenso wie die heute riesigen Unterschiede zwischen den politisch Vermögenden und den unteren Mittelschichten abgebaut werden kann.
 - c. Damit aber Parteien, welche Transparenz herzustellen bereit sind, gegenüber engagierten BürgerInnen, welche ohne Parteien sich mit Volksinitiativen und Referenden um die Gestaltung des Gemeinwesens kümmern, nicht bevorteilt werden, müsste eine dritte Volksinitiative die Verfassung so ergänzen, dass jene Initiativ- und Referendumskomitees, welche ihrerseits alle ihre Einkünfte und Ausgaben offenzulegen bereit sind, für jede beigebrachte und beglaubigte Unterschrift beispielsweise fünf Franken bekommen.
6. Moderne Demokratien zeichnen sich dadurch aus, dass jede in ihnen Macht ausübende Institution von einer anderen Institution begrenzt und somit kontrolliert wird; denn das Herz der Demokratie ist die Teilung der Macht. Entsprechend benötigt die Schweiz aber eine Bundesverfassungsgerichtsbarkeit, welche auch die Beschlüsse des Parlamentes im Anwendungsfall auf ihre Verfassungskompatibilität überprüfen darf. Diesem könnte auch die Macht übertragen werden, im Zweifelsfall zu prüfen, ob eine Volksinitiative wirklich ungültig ist. Und damit zum Schutz der Menschenrechte wie der Direkten Demokratie nicht länger über Dinge

abgestimmt werden können, welche in Strassburg beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte nicht Bestand hätten, müssen wie bei den materiellen Hürden, welche gültige Volksinitiativen überwinden müssen, das gegenwärtige zwingende Völkerrecht um den Kerngehalt der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) erweitern, welcher schliesslich auch identisch ist mit dem Grundgehalt des schweizerischen Verfassungsrechtes.

Der Schweiz und ihrer Demokratie ginge es viel besser, wenn all diese Reformen so oder ähnlich realisiert werden könnten. Ohne grosse öffentliche Diskussion ist dies jedoch nicht möglich. Findet diese Diskussion jedoch vor den Wahlen wirklich statt und geben wir jenen die Stimme, welche nach den Wahlen diese Reformen auch einleiten und begleiten können, beziehungsweise wollen, dann haben sie sehr viel mehr Chancen, verwirklicht zu werden. Deshalb wäre es gut, sie jetzt zur Kenntnis zu nehmen, zu bedenken, zu diskutieren und argumentativ in den Wahlkampf und die entsprechenden Veranstaltungen einfließen zu lassen.



Jahresbericht 2010 der linken Fraktion der Kreisschulpflege Zürichberg

Am 24. August wurde ich von der linken Fraktion als Fraktionsleiter gewählt und habe damit Rolf Wolfensberger abgelöst, der die Fraktion jahrelang geleitet hat. Sein Engagement in schulpolitischen Fragen und seine Bereitschaft, die Fraktion immer wieder auch zu geselligen Anlässen zusammenzubringen, verdienen unseren Dank und Respekt. Wir freuen uns, dass er der Fraktion weiterhin als AK-Präsident und somit Mitglied der Geschäftsleitung unseres Schulkreises zur Verfügung steht.

Das Berichtsjahr war natürlich vor allem durch die Wahlen und die Neukonstituierung der Schulpflege geprägt. Aufgrund des neuen Wahlsystems hat die linke Fraktion einen Sitz eingebüsst und ist jetzt mit 10 der 25 Sitze in der Kreisschulpflege Zürichberg vertreten. Die SP stellt den Vizepräsidenten der Kreisschulpflege (Daniel Bellot) und ein Aufsichtskommissionspräsidium (Rolf Wolfensberger), die Grünen stellen zwei Aufsichtskommissionspräsidien (Susanne Raess und Daniel Heierli). Die Fraktion war sich einig, dass die derzeitige Übervertretung der Grünen aufgrund der Erfahrung ihrer Vertreter(in) als Bisherige gerechtfertigt ist.

Thematisch stand im laufenden Jahr neben der Konstituierung auch die Diskussion der möglichen Standortkonzentration der Sekundarklassen auf einen oder zwei Standorte bzw. die Integration der K+S in den Schulkreis im Vordergrund. Die Diskussionen dazu wurden auch in der Fraktion intensiv geführt und wir sind uns bewusst, dass eine Entscheidung für eine Fokussierung der Standorte sorgfältig abgestimmt werden muss.

Weiter stehen einmal mehr Reformen der Schulpflege vor der Tür. Eine Studie von Ernst&Young, die im Auftrag des Schuldepartementes der Stadt Zürich durchgeführt wurde, schlägt in verschiedenen Varianten unterschiedlich deutliche bis drastische Reduktionen der Behörde vor. Professionalisierung vs. breiter Bevölkerungsabstützung sind die Stichworte.

Offensichtlich gibt es viel zu tun – und ich freue mich, die Arbeit mit einer engagierten Fraktion anzugehen.

14. Februar 2011, Marco Gitermann